

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme
Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung
Band: 33 (1976)
Heft: 9

Artikel: Richterliche Lückenschliessung
Autor: Bernhard, Roberto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-783589>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Raumplanerisches
Gewässerschutzrecht:

Richterliche Lückenschliessung

Von unserem Bundesgerichtskorrespondenten Roberto Bernhard

Da das Gewässerschutzgesetz (GSchG) nicht bezweckt, bestehende Gebäude ausserhalb des Bereichs der generellen Kanalisationsprojekte bzw. ausserhalb der Bauzonen zum Verschwinden zu bringen und da die Allgemeine Gewässerschutzverordnung (AGSchV) die Erneuerung und sogar eine begrenzte Erweiterung solcher Gebäude gestattet, hat die Verwaltungsrechtliche Kammer des Bundesgerichts auch die Ersetzung solcher Bauten zugelassen. Das trifft allerdings nur zu, falls der Ersatzbau nach Nutzungsart und Grösse dem zu ersetzenden Bau im Rahmen der Erweiterungsmöglichkeiten, welche die AGSchV vorsieht, entspricht. Fehlt es an dieser Entsprechung, so muss für eine solche Ersatzbaute an derartigem Standort ein sachlich begründetes Bedürfnis, mit andern Worten: ihre Standortgebundenheit, nachgewiesen werden.

Dieser Entscheid klärt die Rechtslage in willkommener Weise. Artikel 20 GSchG lässt Baubewilligungen für Gebäude und Anlagen ausserhalb des Gebiets, das im generellen Kanalisationsprojekt oder in der Bauzone abgegrenzt ist, nur bei Nachweis eines sachlich begründeten Bedürfnisses zu, um die Streubauweise zu bekämpfen. Was bei einem Umbau oder Neubau eines solchen Gebäudes geschehen soll, sagt das Gesetz jedoch nicht. Es ist nicht anzunehmen, dass der Gesetzgeber die Erneuerung von Bauwerken ausserhalb des Baugebiets erschweren oder

deren Zahl allmählich vermindern wollte. Für Umbauten ist Artikel 25 AGSchV sinngemäss in die Lücke gesprungen. Diese Bestimmung dekretiert die Bewilligungspflicht für bauliche Veränderungen, falls die einer bestimmten Nutzung dienenden Räumlichkeiten um mehr als einen Viertel vergrössert werden. Dasselbe gilt, wenn sie im gleichen Verhältnis anders genutzt oder gebraucht werden können. Unter «baulichen Veränderungen» versteht indessen Artikel 25 AGSchV einen Umbau, bei dem das bestehende Gebäude im wesentlichen erhalten bleibt. Zur Frage der Bewilligungspflicht für Ersatzbauten bleibt diese Bestimmung stumm.

Das Bundesgericht entschloss sich, Artikel 25 AGSchV analog auf Ersatzbauten anzuwenden, weil sonst nicht im Sinne von Artikel 27 AGSchV an einen bestimmten Standort ausserhalb des Baugebiets gebundene Gebäude, die durch Brand oder Naturkatastrophe vernichtet würden, gar nicht mehr am bisherigen Ort wieder aufgebaut werden dürften. Es erwog ferner, dass die Gleichstellung einer Ersatzbaute mit einem Neubau den Grundeigentümer veranlassen müsste, bestehende Gebäude derart vollständig zu erneuern, dass der Eindruck eines Abbruchs vermieden würde. Es entstanden Situationen, in denen die Abgrenzung zwischen einem Umbau und einem Ersatzbau schwer hielte. Ein planerisches oder gewässerschutzrechtliches Motiv

dafür, vollständige Umbauten nicht standortbedingter Gebäude und damit ihre Erhaltung im Rahmen von Artikel 25 AGSchV zu erlauben, aber den gleichartigen Ersatz eines baufälligen oder zerstörten Gebäudes in solcher Lage zu verhindern, ist nicht ersichtlich. Eine Vernachlässigung eines Hauses bis zum Punkte, da eine Renovation sich nicht mehr lohnt, damit zu «bestrafen», dass es nicht ersetzt werden darf, ist nicht in der Absicht der Rechtsordnung. Allerdings ist die Regel strikt anzuwenden, derzufolge ein Ersatzbau dem zu ersetzenden zu entsprechen hat, damit Artikel 20 GSchG nicht umgangen werden kann. Infolgedessen gab das Bundesgericht dem Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden recht, als er einen ausserhalb des Baugebiets gelegenen Gasthof in Waldstatt nicht abbrechen und «ersetzen» lassen wollte. Denn das neue Projekt hätte eine Wirtschaft für 20 bis 30 Personen und ohne Gästezimmer, aber mit landwirtschaftlichem Kleinbetrieb durch einen Gasthof für 80 bis 100 Gäste und mit 10 Gästezimmern ersetzt. Das wäre kein Ersatz-, sondern ein Neubau gewesen. Als Passantenrestaurant an einer Durchgangsstrasse konnte das Bauvorhaben nicht ohne weiteres wie – laut Artikel 27 AGSchV – ein Bergrestaurant einen Standort ausserhalb des Baugebietes beanspruchen. Es blieb der Bauherrschaft unbenommen, ihre Pläne im Rahmen der in Artikel 25 AGSchV vorgesehenen Erweiterungsmöglichkeit zu reduzieren.



ESWA-Flächenheizung selbstgesichert – unbrennbar

Die unsichtbare Heizung mit dem kleinsten Stromverbrauch und den niedrigsten Anschaffungskosten, die sich in den nordischen Staaten seit über 30 Jahren in jeder Hinsicht bewährt hat.

- rasche und einfache Montage
- angenehme Wirkungsweise
- bequeme und feinfühligte Regelung
- preiswert und wirtschaftlich
- komfortabel und sicher

Unser Programm: Fussboden-Speicherheizung, Metall- und Kachelspeicher, Blockspeicher, Wärmekabel, Klimageräte und -truhen, Direktheizgeräte, Steuergeräte usw.

Profitieren Sie von unserer langjährigen Erfahrung.
Verlangen Sie Prospekte und unverbindliche Offerten.

electric
AG Brugg

Klima- und
Elektroheizungen
5200 Brugg
Telefon 056 41 47 22